

Impuls

—

Friedrich Merz MdB

Vorsitzender der CDU Deutschlands und
der CDU/CSU Bundestagsfraktion

Einführung

Herzlichen Dank, lieber Norbert Lammert, für die Ausrichtung dieses Empfangs und die Einladung, heute hier zu sprechen.

Es freut mich auch sehr, dass Sie, Herr Bischof Bätzing und Frau Dr. Stetter-Karp gekommen sind und an uns ein Grußwort gerichtet haben.

Ich freue mich, auch Sie, Frau Bischöfin Fehrs, begrüßen zu dürfen.

Gerne will ich der Bitte von Norbert Lammert folgen und meine Gedanken mit Ihnen teilen zu einem Thema, das viele von uns bewegt: Wie lässt uns die christdemokratische Perspektive heute auf Friedenspolitik, auf Frieden blicken? Frieden zu schaffen und Frieden zu sichern – und zwar einen Frieden, der mehr ist als die Abwesenheit von physischer Gewalt; einen Frieden, der bedeutet, dass Menschen gemeinsam in Freiheit leben können: Das ist das oberste Ziel. Das ist der Fluchtpunkt jeder Politik, die die Würde des Menschen ins Zentrum stellt. Und das ist das Ziel insbesondere der Christdemokratie, die entstanden ist aus Krieg und Gewaltherrschaft, in der die Würde des Menschen so systematisch und so gewaltvoll negiert und verletzt worden ist, dass sich kaum Worte dafür finden lassen.

Dieser anspruchsvolle Friedensbegriff – **Frieden in Freiheit** – verpflichtet uns als Christdemokratie. Er lenkt unsere Außenpolitik genauso wie unsere Innenpolitik.

Friedenssicherung in der Welt, zwischen den Nationen.
Die Bewahrung des gesellschaftlichen Friedens.

Diese Trennung ist eine analytische Trennung: Beides hängt natürlich zusammen, und das in wachsendem Maße: Es gibt in dieser modernen, globalisierten Welt immer mehr Wechselwirkungen zwischen den Politikfeldern.

Die gewaltsamen Konflikte unserer Gegenwart haben komplexe Ursachen. Die Bedrohung unseres Friedens in Freiheit in Europa und in Deutschland hat komplexe Ursachen. Begriffe wie „Polykrise“ versuchen das auszudrücken: Diese Erfahrung der Komplexität.

Sie, die deutschen Bischöfe der Katholischen Kirche, haben in diesem Jahr ein neues Friedenswort vorgestellt, in dem Sie genau das auch zum Thema machen: Sie schreiben dort, es brauche in diesen Zeiten einen „umfassenden Sicherheitsbegriff ..., der auch ökonomische, ökologische, kommunikative, soziale und kulturelle Dimensionen der Sicherheit und des Friedens mit einbezieht“.

Genau so ist es und genau deshalb ist in unserem neuen Grundsatzprogramm, dem vierten in der Geschichte unserer Partei, dieser umfassende, erweiterte Sicherheitsbegriff ganz zentral. Er ist, wenn man so will, unser zentrales Instrument, um unsere politische Arbeit auszurichten an dem Ziel von Frieden in Freiheit.

Dieses neue Grundsatzprogramm ist genauso wie ihr Friedenswort nach dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine entstanden, von dem mit vollem Recht als „Epochenbruch“ gesprochen wird. Der 24. Februar 2022 markiert das Ende einer Epoche, in der viele von uns der festen Überzeugung waren, Krieg in Europa wäre eine Sache der Vergangenheit. „Zeitenwende“ ist ein anderer Begriff für diese Erschütterung. Neue Zeit – das heißt auch, wir mussten und müssen uns viele Fragen neu stellen. Darunter und zuvorderst die Frage: Was heißt Friedenssicherung in Europa?

In Ihrem Friedenswort schreiben Sie von den zwei Grundformen der Auseinandersetzung mit militärischer Gewalt in der christlichen Tradition:

Vom „Pazifismus“ und von der „kritisch-konditionierten Gewaltlegitimation mit der Intention, Gewalt zu beherrschen und zu minimieren“.

Ich bin katholischer Christ und fühle mich als Christ der Gewaltfreiheit verpflichtet.

Aber für einen Staat ist bedingungsloser Pazifismus und Gewaltlosigkeit keine verantwortungsvolle Position. Denn in der Welt ist Gewalt Realität und Realität sind Versuche, mit Gewalt die Friedensprojekte und die Freiheitsprojekte zu zerstören, die zum Glück genauso Realität sind, und die uns an das Gute im Menschen glauben lassen können.

Was bedeutet das nun konkret für die christdemokratische Friedensstrategie heute – und „heute“, das heißt natürlich ganz besonders: mit Blick auf Russland?

Als erstes: Christdemokratische Politik orientiert sich an der Würde des Menschen und wird sich die Entscheidung in Fragen von Krieg und Frieden nie leicht machen. Und wird jede Entscheidung treffen im Wissen um die Schuld, die mit jeder dieser Entscheidungen einhergeht.

Aber genauso gilt: Wir dürfen nicht naiv sein. Friedfertigkeit allein oder gar Beschwichtigungspolitik sind der falsche Ansatz gegenüber einem Regime, das auf militärische Eroberungen aus ist, das nachweislich imperiale Ideen über Menschenleben und Menschenwürde stellt.

Das ist auch eine Lehre aus der Geschichte. 1938 hat sich Großbritannien auf der Münchener Konferenz entschieden, der demokratischen Tschechoslowakei nicht gegen Hitler beizustehen. Neville Chamberlain, der damalige britische Premierminister, steht seitdem geradezu für „Appeasement“-Politik.

Sie hat nicht den Frieden gesichert, wie Chamberlain es sich erhofft hatte. Elf Monate später begann der Zweite Weltkrieg mit dem Überfall des nationalsozialistischen Deutschlands auf Polen.

Unsere Überzeugung in der CDU und meine persönlich ist, dass ein Russland, das einen verbrecherischen Angriffskrieg führt und die europäische Friedensordnung

„Christdemokratische Politik orientiert sich an der Würde des Menschen und wird sich die Entscheidung in Fragen von Krieg und Frieden nie leicht machen.“

Friedrich Merz MdB

und die Integrität souveräner Nationen gewaltsam infrage stellt, kein Partner für Deutschland sein kann. Solange Russland nicht das Existenzrecht seiner Nachbarstaaten uneingeschränkt akzeptiert, müssen wir europäische Sicherheit gegen Russland organisieren.

Und dazu gehört auch die umfassende Unterstützung der Ukraine bei ihrem Kampf für ihre Freiheit und territoriale Integrität. Und auch bei ihrem Weg zur Mitgliedschaft in der EU und der NATO.

Als christdemokratische Partei ist die EU für uns ein Friedens- und Freiheitsprojekt, das wir wachsen sehen wollen. Und wir sehen, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer mit einer Tapferkeit, die ihresgleichen sucht, für die europäischen Werte kämpfen und damit für eine Politik, die Menschenwürde, Freiheit und Frieden als Fluchtpunkt hat.

Der zweite Krieg, der uns alle in diesen Tagen sehr bewegt, ist der Konflikt im Nahen Osten. Deutschland ist mit Israel, als Staat der Jüdinnen und Juden, in besonderer Weise verbunden. Und es gilt für uns in besonderer Weise immer wieder zu betonen: Israels Existenzrecht und die Sicherheit der israelischen Bürgerinnen und Bürger sind nicht verhandelbar. Israels Bevölkerung hat ein Recht darauf, frei von Terror, Angst und Gewalt zu leben. Und darum hat der israelische Staat nach dem 7. Oktober – dem größten Massaker an Jüdinnen und Juden seit der Shoah – nicht nur das völkerrechtlich verbriefte Recht, sondern als Staat sogar die Pflicht, seine Bürgerinnen und Bürger vor der Terrororganisation Hamas zu schützen. Dieses Recht muss natürlich im Rahmen der im internationalen Recht festgelegten Regeln ausgeübt werden. Die Shoa verpflichtet gerade uns Deutsche zur Solidarität mit den Jüdinnen und Juden, mit Israel. Aber sie verpflichtet uns auch zu einer Politik, die die Menschenwürde in das Zentrum stellt. Und darum bedeutet christdemokratische Friedenspolitik auch, mitzuwirken an einem dauerhaften Frieden im Nahen Osten.

Zur christdemokratischen Friedenspolitik gehört es zwingend auch – und das ist schon angeklungen – an dem größten Freiheit-, Friedens und Versöhnungsprojekt der europäischen Geschichte zu arbeiten, und das heißt: am geeinten Europa zu arbeiten. Und dazu gehört in dieser Zeit der großen machtpolitischen Umbrüche auch und gerade die Vorsorge für die Verteidigungs- und Wehrfähigkeit Europas. Wenn wir uns ehrlich machen,

müssen wir eingestehen: Wir haben diese Aufgabe in der Vergangenheit vernachlässigt. Und wenn es uns Ernst ist mit Europa, müssen wir hier nacharbeiten. Dieses Vorhaben ist in unserer Europapolitik zentral. Es geht darum, unsere gemeinsame Sicherheit zu gewährleisten.

Und ich möchte in diesem Zusammenhang dafür plädieren, diese einfache Dichotomie von „Werten“ und „Interessen“, von „wertegeleiteter“ und „interessengeleiteter“ Außenpolitik aufzulösen.

Ganz selbstverständlich sind die deutschen und sind die europäischen Interessen durchdrungen von dem jüdisch- christlichen Wertefundament, auf dem die Bundesrepublik und auf dem Europa errichtet worden ist.

Die Menschenrechte sind für uns als Christdemokraten unverhandelbar – sie sind die Voraussetzung jeder politischen Entscheidung.

Und selbstverständlich bedeutet Friedenspolitik aus christdemokratischer Perspektive, sich für den Schutz dieser Menschenrechte weltweit einzusetzen, für den Schutz von Menschenrechtsverteidigern, religiösen und ethnischen Minderheiten und marginalisierten Gruppen, für das Recht auf Religionsfreiheit. Für verfolgte Christen.

Und Friedenspolitik bedeutet für uns außerdem, beizutragen zur Linderung der Not gerade in den ärmsten Ländern der Welt. Auch dazu verpflichtet das „C“, unsere christliche Überzeugung, von der gleichen Würde aller

Menschen. Wir finden uns nicht damit ab, dass weltweit jeder zehnte Mensch unter Hunger und bitterer Armut leidet.

Und das heißt praktisch: Wir bekämpfen die Ursachen, zu denen in wachsendem Maße auch und gerade die Klimakrise gehört. Das Stichwort der ökologischen Sicherheit fiel eben schon.

Christdemokratische Friedenspolitik ist auch Politik in Verantwortung für die Schöpfung, zu der wir Menschen als Geschöpfe gehören.

Und mit der Klimapolitik sind wir schon mitten in der Verflechtung von Außenpolitik und Innenpolitik. Lassen Sie mich den Blick direkt auf die innergesellschaftliche Situation in Deutschland richten. Auf Friedenspolitik, die nach gesellschaftlichem Frieden fragt.

Unser Projekt, der auf die Menschenwürde ausgerichteten freiheitlichen Demokratie, steht nicht nur von außen unter Druck, sondern auch von innen. Auch ideell, wenn man so will, leben wir in Umbruchszeiten.

Die liberale Demokratie hat an Strahlkraft eingebüßt.

Diese neue Realität wird auch im „Friedenswort“ der Bischöfe thematisiert. Und diese neue Realität treibt auch uns als CDU um, und wir haben in unserem neuen Grundsatzzprogramm darauf Antworten zu geben versucht.

„Die Menschenrechte sind für uns als Christdemokraten unverhandelbar – sie sind die Voraussetzung jeder politischen Entscheidung“

Friedrich Merz MdB

Und der Ausgangspunkt dabei war für uns die Besinnung auf das „C“.

Nach den Grauen des Nationalsozialismus entstand die CDU bekanntlich als ökumenische Bewegung. Sie war getragen vom christlichen Menschenbild als Grundlage für unsere Politik. Das „C“ war und ist die einigende Klammer für unsere unterschiedlichen Strömungen in der Union.

Das „C“ ist eine universelle Botschaft. Es spricht dem einzelnen Menschen Einzigartigkeit und Wert in dieser Einzigartigkeit zu. Und dieses „C“ ist das Fundament der Christdemokratie und zugleich die Brille, durch die wir auf Gesellschaft und Politik blicken. Nicht die Klassenzugehörigkeit, nicht die ethnische Zugehörigkeit, nicht die Religionszugehörigkeit ist es, die für uns Christdemokratinnen und Christdemokraten den Menschen wertvoll macht.

Sondern ohne weitere Qualifizierung ist der Mensch für uns wertvoll und steht als solcher im Zentrum unserer Politik.

„Freiheit“ verstehen wir immer als „Freiheit in Verantwortung“ – vor Gott und vor den Menschen. Und wir wissen, dass diese Freiheit in Verantwortung uns immer auch schuldig lassen wird. Das bewahrt uns vor Selbstgerechtigkeit. Das hält uns an zur Demut und zur Barmherzigkeit. Die Bischöfe schreiben in Ihrem Geleitwort:

„Anders als uns Moralisten und Populisten glauben machen wollen, ergibt sich...in aller Regel kein einfaches Schwarz-Weiß-Bild“, wo moralische Entscheidungen getroffen werden müssen. Dieses Bewusstsein für die tragische Dimension der menschlichen Freiheit teilen wir als Christdemokraten.

Wenn wir nun die konkreten Herausforderungen unseres gesellschaftlichen Friedens in Deutschland betrachten, so ist eine der größten und augenscheinlichsten der Rechtspopulismus.

Rechtspopulisten verbünden sich mit unseren Herausforderern und Gegnern von außen, um unsere freiheitliche Ordnung und unsere Demokratie verächtlich zu machen und von innen heraus zu zerstören.

Aber wir können auch jenseits vom Rechtspopulismus sehen, dass Denkströmungen an Zulauf gewinnen, die unsere Verfassung und unsere Demokratie anzweifeln.

Ihnen entgegenzutreten – das ist Bestandteil christdemokratischer Friedenspolitik. Und dieses „Entgegentreten“ kann und muss verschiedene Dimensionen haben:

Von rechtstaatlichen Mitteln bis zur Suche nach den Ursachen dafür, dass anti-demokratisches, anti-freiheitliches Denken in wachsendem Maß an Zustimmung erfährt.

Uns leitet am Ende die Überzeugung, dass gute Politik, Politik für die Menschen, das beste Mittel ist gegen die Versuchung spaltender und menschenfeindlicher Rhetorik.

Ein Politikbereich, der ganz massiv von Rechtspopulisten genutzt wird, um Angst, Misstrauen und Hass zu schüren, ist die Migrationspolitik.

Deutschland ist heute ein Einwanderungsland. Das ist auch gut so, denn das ist das Ergebnis unserer gelebten Freiheit in einer global zusammenwachsenden Welt. Aber es ist in Teilen auch, das kann man nicht verschweigen, das traurige Ergebnis von Krieg und Verfolgung in der Welt. So liegt Deutschland bei der Aufnahme von Geflüchteten weltweit unter den Top-Aufnahmeländern.

Die Integration der zu uns kommenden Menschen, ob über den Asylweg oder zu Erwerbszwecken, liegt uns ganz besonders am Herzen.

Wir müssen festhalten, dass Deutschland dafür aber lange kein wirkliches Konzept hatte. Zu oft haben wir uns mit einem Nebeneinander der unterschiedlichen

Gruppen einfach arrangiert. Manche haben das dann schillernd „Multikulturalismus“ genannt.

Aber die Gretchenfrage wurde viel zu lange gar nicht gestellt: Wie gehen wir damit um, wenn in Gemeinschaften die Autonomie und Freiheitsrechte eines Individuums verletzt werden, im Namen der kulturellen Rechte und Selbstbestimmung dieser Gemeinschaft? Oder was tun wir, wenn internationale Konflikte stellvertretend bei uns Eingang finden oder in unseren Schulen oder auf unseren Straßen ausgetragen werden?

In Deutschland haben sich die verschiedenen politischen Kräfte, inklusive wir als CDU, grundlegende Fragen – nach dem Kern von Integration – viel zu wenig gestellt.

Ich persönlich glaube, dass sich dieses Versäumnis aus dem Zeitgeist erklären lässt. Zu sehr waren wir von der Idee vom „Ende der Geschichte“ beseelt. Wir gingen davon aus, das Modell der liberalen Demokratie würde sich quasi automatisch in den nächsten Jahrzehnten weltweit durchsetzen. Verletzungen der Autonomie und Rechte des Individuums im vermeintlichen Namen von Kulturen wären damit bald passé. Und zwischenstaatliche gewaltsame Konflikte würden deutlich zurückgehen. Denn aus der Forschung wissen wir, dass Demokratien untereinander weniger Kriege führen.

Geht man von einer solchen Entwicklung aus, muss für ein gutes Zusammenleben in einer ethnisch, kulturell und religiös vielfältigen Gesellschaft ja auch nicht viel

„Es gibt keinen Automatismus hin zu Freiheit und Frieden. Wir müssen die Fundamente unserer freiheitlichen Gesellschaft pflegen.“

Friedrich Merz MdB

getan werden. Der gesellschaftliche Friede kommt ja quasi von selbst.

Aber: Es kam anders. Wir sehen, dass internationale Konflikte sich mehren, dass imperialistische Ideen Zuspund finden, dass autoritäre Vorstellungen von Politik wieder an Zulauf gewinnen. Wie sehen, dass die Strahlkraft der liberalen Demokratie auch innerhalb Europas und innerhalb unserer Gesellschaft schwindet. Es gibt keinen Automatismus hin zu Freiheit und Frieden. Wir müssen die Fundamente unserer freiheitlichen Gesellschaft pflegen. Und Teil dieser Pflegearbeit ist für uns als CDU die Arbeit an dem, was uns kulturell verbindet.

Wir haben das in unserem Grundsatzprogramm „Leitkultur“ genannt. Ein Begriff, den auch Bassam Tibi prägte.

Die „Leitkultur“ ist für uns eine Einladung, für die, die zu uns kommen. Sie umfasst unsere Alltagskultur, die

unser aller Miteinander mit Leben füllt. Sie enthält aber auch Unverhandelbares: Allen voran unsere freiheitliche-demokratische Ordnung, die Menschenwürde, die sich für uns aus dem christlichen Menschenbild ableitet

Und die Verantwortung für unsere Geschichte und mit ihr für das dunkelste Kapitel: den Nationalsozialismus.

Sehr geehrte Damen und Herren, die wachsenden Übergriffe auf Jüdinnen und Juden in unserem Land seit dem 7. Oktober 2023 bestürzen mich und die CDU zutiefst.

Wir wenden uns mit ganzer Kraft gegen jede Form von Antisemitismus – egal woher er kommt, ob von Rechtsaußen, von Linksaußen oder von islamistischen Milieus.

Die Bekämpfung des Antisemitismus darf weder ausschließlich in die Hände des Staates gelegt werden noch allein den Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland obliegen. Es ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft.

Politische Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen – insbesondere in Wissenschaft, Medien, Kunst und Kultur – müssen klarstellen, dass es in ihren Reihen keinen Raum für antisemitische Ansichten gibt. Das ist für uns unverhandelbare Verpflichtung eines jeden.

Ich möchte an dieser Stelle sagen, dass ich der Deutschen Bischofskonferenz sehr dankbar bin für ihre Erklärung gegen völkischen Nationalismus. Auch dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken möchte ich dafür danken,

dass sie sich diesem Papier anschließen und sich damit so klar auch gegen den Antisemitismus positionieren.

Eine Sache hat mich beim Lesen des „Friedenswortes“ der Bischöfe in besonderer Weise zum Nachdenken gebracht. Ein ganzes Kapitel wird der wachsenden Bedeutung und Brisanz kultureller, religiöser und ethnischer Identitäten für das Zusammenleben gewidmet.

Die Bischöfe beschreiben die Vielschichtigkeit des Phänomens identitärer Bewegungen eindrucklich.

Indem diese Bewegungen für die Rechte von beispielsweise kulturellen, religiösen oder ethnischen Gruppen eintreten, können sie inklusiven und emanzipativen Charakter entfalten und einen positiven und wertvollen Beitrag für gesellschaftlichen Frieden leisten.

Aber, so schreiben es die Bischöfe, können solche Bewegungen auch einen exklusiven Charakter entwickeln und auf Ausgrenzung abzielen. Und zwar dann, wenn sie beginnen, die Gesellschaft rigoros in „Wir“ und die „Anderen“ aufzuteilen, was friedensethisch höchst problematische Effekte nach sich ziehen kann.

Eindrucklich legt das „Friedenswort“ mit einer langen Liste internationaler Beispiele dar, wie solche Entwicklungen schlimmstenfalls in gewaltsamen Konflikten endeten, in Sri Lanka, Myanmar oder Syrien, um nur wenige Beispiele zu nennen.

Bei der Lektüre hat sich mir eine Frage geradezu aufge-
drängt: Wenn kulturelle, religiöse, ethnische Identitäten
zu bestimmten Zeitpunkten in der Geschichte zu Kon-
fliktträgern werden können, wie können wir uns dann
in einer vielfältigen Gesellschaft, die wir sind und sein
wollen, dagegen immunisieren? Und stattdessen dafür
sorgen, dass Identitäten ihr Friedenspotenzial entfalten?

Eine inspirierende Antwort liefert das „Friedenswort“
gleich mit. Mit dem Satz: „Wir sind davon überzeugt,
dass das friedliche und gerechte Zusammenleben der
Menschheitsfamilie davon abhängt, die Pluralität der
Identitäten anzuerkennen, ohne sie zu verabsolutieren.
So können sie ihr Friedenspotenzial entwickeln.“

Dem, sehr geehrte Damen und Herren, möchte ich mich
mit Nachdruck anschließen. Dies ist meiner Meinung
nach eine Richtschnur, wie Frieden in Vielfalt gelebt
werden kann.

Es erinnert mich an den Nobelpreisträger Amartya Sen,
der davor warnt, einen einzelnen Aspekt der so facet-
tenreichen und komplexen Identität eines Menschen zu
verabsolutieren. Aus seiner Kindheitserinnerung heraus
schreibt er, wie eine solche Verabsolutierung Anfangs-
punkt von Konflikt und Gewalt war.

Ist es nicht integraler Bestandteil unseres christlichen
Menschenbilds, die Einzigartigkeit und Facettenvielfalt
der menschlichen Identität stets vor Augen zu haben,
und uns immer davor zu hüten, eine einzelne Facette

dieser Identität – welche immer es auch sein möge – zu überhöhen oder absolut zu setzen. Gegen solche Versuche müssen wir uns vehement stellen!

Dies sage ich auch ganz explizit in Richtung der rechtsidentitären Bewegungen, die derzeit im Westen wachsen.

Als Christ, als Katholik, glaube ich an die Wahrheit von Hebräer 13, 14: „Denn auf dieser Erde gibt es keine Stadt, in der wir für immer zu Hause sein können. Sehnsüchtig warten wir auf die Stadt, die im Himmel für uns erbaut ist.“ Oder, in der Übersetzung der Lutherbibel, die sprachlich ein bisschen schöner ist: „Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir.“

Wir haben hier keine bleibende Stadt. Es wird keinen ewigen Frieden in dieser Welt, in der wir leben, geben. Aber als Politiker und als Vorsitzender der Partei mit „C“ im Namen verstehe ich es als meine Aufgabe, an dem hier und jetzt, an unserem irdischen Zuhause so zu arbeiten, dass wir hier gemeinsam immer wieder erfahren können, was Frieden und Freiheit heißt.

Genau das bedeutet es nämlich im Kern, eine gute Zukunft zu gestalten, „sicher in die Zukunft zu führen“, um an dieser Stelle den Untertitel unseres neuen Grundsatprogramms zu zitieren.

Und der Austausch mit den Gläubigen und der Dialog mit den Kirchen gehört für mich zu so einer Politik essentiell dazu und er gehört für die CDU dazu.

Sehr geehrte Damen und Herren, als Christinnen und Christen glauben wir „an die Sprengkraft gelebter Hoffnung“, die das Christentum entfalten kann. Diese Hoffnung ist es für mich, die den „Mensch des Friedens“ auszeichnet, um auf das Leitwort des Katholikentages einzugehen.

Und diese Hoffnung ist es, die wir auch in der Politik in diesen Zeiten brauchen, um unsere Zukunft gemeinsam in die Hand zu nehmen, um Freiheit und Frieden auch in Zukunft zu stiften und zu stärken.

Kontakt

Patricia Ehret

Kirchen und Religionsgemeinschaften

Analyse und Beratung

T +49 30 / 26 996-3784

patricia.ehret@kas.de

Es gilt das gesprochene Wort.

Impressum

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2024, Berlin

Gestaltung und Satz: KALUZA+SCHMID Studio GmbH, Berlin

Druck: copy print Kopie & Druck GmbH, Berlin

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der
Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-98574-237-0